

Welcher Islam passt zur Schweiz?

Referat von

Saïda Keller-Messahli



anlässlich der Generalversammlung des Vereins Gesellschaft und Kirche wohin?

Redaktion & Layout lic. phil. Josef F. Kümin

Geschäftsstelle Stiftung Freiheit & Verantwortung

Hintere Bahnhofstrasse 8
8853 Lachen
www.freiheitundverantwortung.ch
info@fuv.ch

Schrift Nr. 12 | Mitgliederbrief Nr. 248

Juni 2015

Herausgeber

Stiftung **Freiheit
& Verantwortung**

Geschäftsstelle
Hintere Bahnhofstrasse 8
8853 Lachen
Telefon 055 442 05 15
Internet www.fuv.ch
E-Mail info@fuv.ch

Mitherausgeber

PRO  LIBERTATE

Schweiz. Vereinigung für Freiheit,
Demokratie und Menschenwürde
Postfach 587
3052 Zollikofen
Telefon 044 258 15 05
Internet www.prolibertate.ch

Verlag

Stiftung Freiheit & Verantwortung
Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
Pro Libertate

Redaktion & Layout

lic. phil. Josef F. Kumin

Druck / Auflage

Coloroffset, 3012 Bern
10'000 Exemplare

Bilder

David Herzig, 2502 Biel

Schriftenreihe

Die Stiftung veröffentlicht die Schriftenreihe «Freiheit & Verantwortung». Die Schriften sind über die Geschäftsstelle erhältlich. Besuchen Sie dafür und für Weiteres unsere Homepage www.freiheitundverantwortung.ch, oder kontaktieren Sie uns über E-Mail info@fuv.ch.

Unterstützung und Gönnerbeiträge

Nutzen Sie unsere Dienstleistungen, unterstützen Sie unsere Ziele und werden Sie Gönner der Stiftung. Melden Sie sich bei der Geschäftsstelle für Ihre Anliegen oder benutzen Sie unser Spendenkonto 50582.24 bei der Raiffeisenbank Kriens (IBAN CH13 8116 5000 0050 5822 4).

Sehr geehrte Damen und Herren

In seinem jüngst erschienenen Bericht, ist es dem Nachrichtendienst des Bundes auf 75 Seiten gelungen, ein detailliertes und sehr informatives Bild der Bedrohungslage in der Schweiz zu zeichnen. Der Bericht kann auf www.vbs.admin.ch gelesen werden. Ich nehme daraus nur folgendes Zitat, um beim Thema ‚Welcher Islam passt zur Schweiz‘ zu bleiben: „Eine potenzielle Bedrohung sind Personen, die als Unterstützer oder Kämpfer in Konfliktgebiete reisen und von dort als weiter radikalisierte Dschihadisten in die Länder zurück kehren, aus denen sie gekommen sind. In sozialen Medien verbreitete dschihadistische Propaganda wie Videobotschaften und Texte beeinflusst die Radikalisierung stark.“

Die heimliche Angst vor dem Islam innerhalb der schweizerischen Bevölkerung ist gross. Sorge bereitet insbesondere das Ausgreifen eines politischen Islam. Diese Sorge treibt übrigens auch die Mehrheit der säkularen Muslime um.

Die Terrororganisation ‚Islamischer Staat‘ rekrutiert unsere Mitbürger: Junge, meist sozial labile Menschen muslimischen Glaubens, die das Glück haben, in einem wohlhabenden, sicheren und freien Land wie der Schweiz zu leben, geben dieses Glück gedankenlos weg und werden Täter und Opfer in einem blutigen Kampf für ein menschenfeindliches Wertesystem, in dem täglich abscheuliche Verbrechen begangen werden.

Innerhalb weniger Jahre hat sich der Salafismus zu einer Gegenkultur junger Erwachsener und Jugendlicher entwickelt, in der sich Weltflucht, Angst vor der Freiheit, saudi-arabische Missionierungspolitik (dank Petrodollars) und Ablehnung von Aufklärung und zivilisatorischen Errungenschaften treffen. Zu Recht sei auf die Verbindungen der salafistischen Szene in Europa und in der Schweiz zu internationalen Terrororganisationen hingewiesen. Jenseits seiner Funktion als Ideologie zur Rechtfertigung religiöser Gewalt sollte der Erfolg des Salafismus v.a. als politisches Thema begriffen werden.

Aus den Integrationsfehlern sollten nun Lehren gezogen werden. Die Schweiz und Europa müssen sich auf Werte wie Menschenrechte und Religionsfreiheit besinnen und konsequent gegen extremistische Kräfte vorgehen. Hier möchte ich den Kulturrelativismus der Linken kritisieren: sie nehmen die islamistische Gefahr nicht ernst, fürchten sich, als ‚fremdenfeindlich‘ und ‚islamophob‘ abgestempelt zu werden. Damit ignorieren sie die Tatsache, dass sich sehr viele Muslime weltweit gegen den Islamismus stellen.

Es wird höchste Zeit, dass muslimische Demokraten ihr Gesicht zeigen, vor allem gegenüber den Muslimen selbst: in den Moscheen in sogenannten ‚Kulturvereinen‘, in ihrem Umfeld und in der Öffentlichkeit.

Muslime und Nicht-Muslime in diesem Land, die sich als Demokraten bezeichnen, haben die moralische Pflicht, demokratische Werte zu schützen. Es wäre an der überwiegenden Mehrheit der Muslime in der Schweiz, ihre Stimme gegen den politischen Islam und damit gegen den Salafismus und gegen den Dschihadismus öffentlich zu erheben.

Wenn wir als Muslime in der Schweiz wirklich das Problem lösen wollen und vielleicht sogar etwas mehr Vertrauenswürdigkeit gewinnen möchten, brauchen wir Figuren, die gewillt sind, die Idee voranzubringen, dass wir unsere Sichtweise auf den Koran ändern müssen. Solange wir den Koran als Gottes perfektes, buchstäbliches Wort an die Menschen behandeln, unterstützen wir nur weiter Verwirrung und Chaos.

Nur wenn eine kritische Masse von Muslimen die Idee, dass der Koran nicht das perfekte und wortwörtliche Wort Gottes an den Menschen ist und die Stellen, die zu Gewalt und Hass aufrufen, mutig denunzieren, werden wir erfolgreich die Propaganda der Terroristen bremsen und den Zulauf der Mächtigen-Dschihadisten an der türkischen Grenze aufhalten können.

Ich bin davon überzeugt, dass die Muslime endlich anerkennen müssen, dass der traditionelle Islam jeglichem Fortschritt und jeglicher Entwicklung der Welt im Wege steht.

Wenn der Begriff der Unfehlbarkeit und Unverirrlichkeit des Korans herausgefordert wird, wird es für gläubige Muslime möglich sein offen einzugestehen, dass - zumindest gemäss wortwörtlicher Interpretation - im Koran Passagen von Gewalt und Hass existieren: Stellen, die dazu aufrufen, jene Menschen, die nicht an den Koran glauben, zu bekämpfen. Stellen, welche die Ideologie von ISIS und anderen terroristischen Organisationen helfen junge Muslime zu rekrutieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen offenen Geist und die Befreiung und Loslösung von fixen und abstrusen Positionen, welche pfannenfertige Lösungen für jedes menschliche Problem anbieten.

Die Bedingungen für eine Reform sind zugleich die Bedingungen für eine gelingende Integration:

1. Trennung von Religion und Politik

Es würde bedeuten, dass religiös begründete Forderungen wie das Kopftuch, der Dispens vom Schwimmunterricht oder anderen Fächern, die Geschlechtersegregation und die Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung (freie Wahl des Partners) nicht mehr toleriert würden.

2. Religionen als gleichwertig betrachten

Islamisten betrachten den Islam als die beste, reinste Religion und verachten andere Religionen. Dem kann bereits in der Schule vorgebeugt werden, indem z.B. das Fach ‚Ethik‘ ab Primarschule eingeführt wird und junge Menschen humanistisch orientiert werden.

3. Anerkennung uneingeschränkter Glaubensfreiheit

In der Praxis kennt der Islam keine Glaubensfreiheit. Dieser muss gezielt zum Durchbruch verholfen werden mit öffentlichen Debatten und mehr Mut zum Tabubruch. Millionen von Atheisten in islamischen Ländern führen ein Doppelleben, aus Angst sozial ausgegrenzt oder gar getötet zu werden.

4. Anerkennung individueller Menschenrechte

Der Begriff ‚Individuum‘ existiert im islamischen Kontext nicht. Seine Stärkung könnte den Einzelnen vor Übergriffen der Gemeinschaft schützen: Ehrenmord, Zwangsheirat, Einschränkung der individuellen Freiheiten.

5. Anerkennung der Rechtsgleichheit zwischen den Geschlechtern

Diese Anerkennung würde den Boden für diskriminierende, patriarchalische Strukturen entziehen: Geschlechtersegregation in Moscheen und an Veranstaltungen von Islamisten und Salafisten nicht länger dulden! Frauen und Mädchen nicht verhüllen, sie nicht willkürlich aus sozialen Anlässen und aus dem öffentlichen Raum ausgrenzen.

Eine ernsthafte Reformation kann nur stattfinden, wenn es gelingt, Gott – oder Allah – und Mohammed komplett von einander zu trennen. Denn Gott ist eine absolute und unveränderbare Grösse, derweil Mohammed ein Mensch war – genau wie Jesus Christus – der im Kontext seiner kulturellen und politischen Zeit handelte. Deshalb sind seine Texte, inklusive dem Koran, rein historische Texte und können nicht als absolut und fehlerfrei betrachtet werden. Besonders auch in Anbetracht dessen, dass der Koran erst etwa zwanzig Jahre nach Mohammeds Tod gesammelt und schriftlich fixiert wurde.

Der Islam braucht heute Reformer und nicht ‚moderate‘ Muslime. Und das Wort ‚Reform‘ passt nicht zum Wort ‚Unfehlbarkeit‘.

Das Ziel einer Reform ist, Dinge zu ändern, sie zu reparieren und in eine andere Richtung umzuleiten. Um reparieren zu können, muss man zuerst anerkennen, dass tatsächlich etwas nicht in Ordnung ist. Das ist der erste Schritt für eine Reform.

Die Tatsache, dass in muslimischen Gemeinden die Freitagsgebete auch auf Deutsch gehalten werden, ist völlig bedeutungslos, solange Muslime – unabhängig in welcher Sprache – sich nicht aktiv für unsere demokratischen Werte einsetzen. Die da wären: Gleichberechtigung der Geschlechter, das Recht, aus der Religion auszutreten, das Recht auf Selbstbestimmung, sich nicht zum Tragen des Kopftuches oder zu einer Ehe zwingen zu lassen – weder von der Gemeinschaft noch von der Familie.

Alle die eingewanderten und hier geborenen Menschen muslimischen Glaubens sollten endlich in einem so offenen und wohlwollenden Land wie die Schweiz beweisen, dass sie wahre Demokraten sein können. Die Öffentlichkeit wartet auf solche Signale.

Muslime dürfen sich aber nicht nur auf ihre religiöse Identität reduzieren und ihren Glauben gar über ihre Rechte und Pflichten als Bürger einer Demokratie stellen: Sie sollten zuerst Bürger, dann Muslim sein.

Integration hat v.a. mit Integrität zu tun: Eine Gesellschaft, die mir ein Leben in Sicherheit, Würde und Freiheit ermöglicht, verdient nicht nur mein Vertrauen, sondern auch meine aktive Unterstützung. Ich kann nicht nur Nutzniesserin sein, sondern habe auch die moralische Verpflichtung, dieser Gesellschaft etwas zurückzugeben, ihre Werte zu verteidigen, wenn sie angegriffen werden. Freiheit bedeutet eben Verantwortung.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen offenen Geist und die Befreiung und Loslösung von fixen und abstrusen Positionen, welche pfannenfertige Lösungen für jedes menschliche Problem anbieten. Die Muslime müssen anerkennen, dass der traditionelle Islam mit seiner totalitären Weltsicht Fortschritt und Entwicklung im Wege steht.

Die islamische Welt braucht ganz dringend die Erscheinung und Entwicklung eines fortschrittlichen und nicht totalitären Islams, der die Würde des einzelnen Individuums ins Zentrum setzt. Ein solcher Islam passt auch zur Schweiz.

Eine aufrichtige und ernsthafte Reformation kann nur stattfinden, wenn es gelingt, Gott (oder Allah) und Mohammed komplett von einander zu trennen. Gott ist eine absolute und unveränderbare Grösse / Wesen, während der Prophet dies nicht ist. Zweifellos war Mohamed der Begründer der Umma (islamische Gemeinschaft), doch er war es als Mensch, der im Kontext seiner kulturellen und politischen Zeit handelte. Deshalb sind alle Texte, die mit ihm entstanden sind, inkl. Koran, rein historische Texte und können als solche nicht als absolut authentisch und fehlerfrei betrachtet werden.

Die Heilung der islamischen Welt kann nur herbeigeführt werden, wenn deren Intellektuelle aufhören würden zu fragen “Wer hat uns das angetan?” eine Frage, die bisher nur zu Fantasmen und Verschwörungstheorien geführt hat.

Sie sollten beginnen – und einige tun es bereits – zu fragen: “Was haben wir falsch gemacht?” das würde sie ganz natürlich zur nächsten Frage führen “Wie können wir eine menschenwürdige Erneuerung in Gang setzen?” In dieser Frage, und in den verschiedenen Antworten darauf, liegt die stärkste Hoffnung für die Zukunft.

Alexander Wili

Mich freute sehr, dass Saïda Keller-Messahli auf den Unterschied zwischen Religion und Politik hinwies. Wir katholische Liberale im Kanton Luzern haben noch erlebt, wie Pfarrer über den Glauben versuchten, Einfluss auf das Leben der Leute und auf die Politik zu nehmen. Dies ist heute Gott sei Dank nicht mehr so. Bei Muslimen scheint mir dies jedoch gänzlich anders zu sein. Bei ihnen steht der Glauben über dem Staat.

Vor rund 20 Jahren habe ich mit Schweizer Muslimen, also Eingebürgerten, eine demokratische Gemeindeordnung aufgebaut. Der Vorstand bestimmte, wen man aufnahm. Der Aufnahmewillige musste die Statuten anerkennen, in denen unter anderem auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau festgehalten wurde. Diese muslimische Vereinigung entsprach in ihrem Aufbau der christkatholischen Landeskirche. Eine Anerkennung seitens der Politik scheiterte jedoch am Unwillen des damals zuständigen Regierungsrates. Was ich damit sagen möchte: Mit eingebürgerten Muslimen kann man über religiöse Themen diskutieren, weil sie die Trennung von Religion und Staat beachten. Unter eingewanderten Muslimen herrscht diesbezüglich aber eine Ablehnung – sie wollen diese Trennung nicht.

Pirmin Müller

Ich befasse mich seit vielen Jahren mit dem Islam und ich stelle teilweise eine fehlende Motivation bei den betroffenen Menschen fest. Und auch ich selbst fühle mich in gewissen Themenbereichen in einem Zwiespalt: Einerseits bin ich Politiker, stehe für eine freiheitliche Werteordnung ein, für die freie Meinungsäusserung. Gleichzeitig bin ich selbst auch ein sehr religiöser Mensch. Und wie die Muslime bin auch ich nicht mit allen gesellschaftlichen Entwicklungen einverstanden. Doch wie erreicht man eine Änderung? Hier gehen die Meinungen stark auseinander.

Ich frage mich, was das für Leute sind, die sich in einem extremen Umfeld bewegen, das ideologisch starr und schon fast faschistoide Züge aufweist und selbst vor Gewalt nicht zurückschreckt. Ich sehe darin Menschen, welche Defizite haben und sich in unserer Gesellschaft nicht zurechtfinden. Doch anstatt sich fragen, was sie für eine bessere Integration tun können, suchen sie die Schuld bei der Gesellschaft und igeln sich in ihrer eigenen Welt ein.

Der politische Islam und der Islamismus gehen davon aus, dass die Gesellschaft sich ihnen anpassen muss. Ich stelle fest, dass viele Muslime ein romantisierendes Bild dieser Ideologie haben. Romantisierend im Sinne, dass mit der Umma ein Idealzustand erreicht wird, der für alle ein Reich der Glückseligkeit verspricht. Dieses Ideal wird aber nur erreicht, wenn all‘ ihre Feinde beseitigt werden. Solche Heilsversprechen sind vergleichbar mit den extremen Ideologien des 20. Jahrhunderts, namentlich dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Auch diese versprachen ein endgültiges Heil, sobald alle Feinde vernichtet sind. Die Resultate solcher Ansichten sind uns allen wohl bekannt. Beim politischen Islam sind die gleichen Entwicklungen feststellbar. Diese Leute nehmen für sich in Anspruch, sie kämpfen für das Gute und rechtfertigen damit die Anwendung von Gewalt. Besonders schwache Menschen sind für solche Parolen empfänglich und lassen sich für die Zwecke der extremen Führer einspannen. Ein Schwarzweiss-Denken gibt diesen Menschen Halt und Orientierung.

Wo ich mit Saïda Keller-Messahli punktuell anderer Meinung bin: Ich sehe im Islam keine theologische oder philosophische Religion. Ich erkenne im Islam, in seiner heutigen Praktizierung, eine Gesetzesreligion. Man zitiert den Koran und entnimmt ihm jeden Vers und jede Sure, um damit den Willen Allahs buchstabengetreu umzusetzen. Extremisten verwenden den Koran als wäre er ein Gesetzbuch. Ich denke nicht, dass eine Imam-Ausbildung an Schweizer Hochschulen hier eine Lösung ist. Im April 2005 hatten wir in Luzern diese Debatte bereits einmal, es war das Thema an einer Tagung. Damals meinte Farhard Afshar, eine Person, welche sich um die Integration von Muslime bemüht und auch in Fernsehsendungen ein gern gesehener Gast ist, sinngemäss: „Es gibt in Europa Bestrebungen, einen Islam nach europäischen Vorstellungen zu schaffen. Ich möchte hier klarstellen, dass die muslimische Bevölkerung diese Bestrebungen nicht unterstützen und einen sogenannten Euro-Islam nie akzeptieren wird.“

Wir müssen uns bewusst sein, dass Afshar in unseren Medien als gemässigter und dialogbereiter Muslim präsentiert wird. Unter einem Euro-Islam ist ein Islam zu verstehen, in der es keinen Platz für Gewalt gegenüber Frauen oder Andersgläubige hat. Unter diesem Gesichtspunkt wird es mir Angst und Bange, wenn Leute mit einer solchen Gesinnung an Hochschulen Imame ausbilden sollen. Ich lehne dieses Ansinnen deshalb ab, unterstütze jedoch Bestrebungen, welche eine Reformation des Islam zum Ziel haben. Diese Veränderungen müssen aber primär in den Köpfen der Muslime von statten gehen. Doch selbst „Gemässigte“ scheinen keine Veränderung zu wollen.

Peter Regli

Meine Damen und Herren, auf diesem Podium geht es darum, eine Reaktion auf die Äusserungen von Frau Keller-Messahli zu geben. Ich möchte eine positive Rückmeldung geben, aber muss auch eine negative äussern. Das Positive: Wir haben in unserem Land Frauen wie Frau Keller, welche als Muslima sich einsetzt und dabei auch Risiken eingeht. Wie wir wissen wird sie auch konkret bedroht – und das in der Schweiz im Jahr 2015. Diese inakzeptable Tatsache sollten Politiker auch mal ansprechen... Frau Keller, ich danke Ihnen als Bürger herzlich für Ihren Einsatz! Wir brauchen solche Kämpferinnen und Kämpfer. Wenn ich an den zitierten Herrn Afshar denke, kommen mir wirklich Zweifel, ob er sich für die gute Sache einsetzt oder ob er noch eine politische Idee verfolgt.

Die schlechte Nachricht: Letzte Woche haben der Bundesrat und der Chef des NDB (Nachrichtendienst des Bundes) ihren Jahresbericht präsentiert. Frau Keller hat ihn online gelesen. Die Problematik, welche Frau Keller ansprach, ist leider nur ein Teil der Herausforderungen, über die der Nachrichtendienst berichtet. Ich empfehle Ihnen sehr, den Bericht zu lesen. Sie finden ihn online unter www.ndb.admin.ch. Sie werden den Bericht innert einer Stunde gelesen haben und gehören danach zur Minderheit in unserem Land, die erkennt, dass es neben Freiheit und Verantwortung auch noch die Sicherheit braucht. Diese nationale Sicherheit ist gefährdet: Durch den Islamismus, dieser totalitären, menschen- und frauenverachtenden Ideologie! Das grösste Gefahrenpotential, das hat Frau Keller festgehalten, sind die Konvertiten. Die Herren Blancho und Illi sind zum Islam konvertiert. Sie lebten in der Stadt Bern zu Beginn von der Sozialhilfe und werden nun von Leuten finanziert, die sie in Fernsehsendungen (auch im arabischen Raum) auftreten lassen. Bitte informieren Sie Ihre Mitmenschen darüber!

Wir haben nun im Oktober 2015 (Parlamentswahlen) die Chance, Leute nach Bern zu schicken, welche sich auch diesen Problemen annehmen. Ich bin ein freisinnig denkender Mensch. Erstens hoffe ich, den grassierenden Sozialismus einzuschränken, welcher noch mehr dieser gefährlichen Leute ins Land bringen will. Und zweitens hoffe ich auf einen bürgerlichen Schulterschluss. Diesen braucht es, um die grossen Herausforderungen anpacken zu können. Der türkische Premierminister Ahmet Davutoğlu sprach im Januar in Baden AG zu türkischen Bürgern, die in der Schweiz wohnen, und sagte ihnen: „Lasst Euch nicht assimilieren und denkt daran, dass die Sharia mehr bedeutet als jedes schweizerische Gesetz.“ Es ist der Zeitpunkt gekommen, dass sich etwas ändert!

Hermann Suter

Der politische Islam, wie wir ihn in den letzten Jahren erleben mussten, gehört zur höchsten Stufe ideologischer Religionen, die man überhaupt kennt. Für mich als „schwarzen Liberalen“ ist dies ein unerträglicher Zustand. Meiner Meinung nach soll, wie von Friedrich dem Grossen postuliert, jeder nach seiner Façon selig werden – doch hier hört der Spass auf und es wäre falsch, wenn wir nur Toleranz üben. Die Stiftung Wahrheit in den Medien hat sich in den letzten Jahren primär mit der Frage befasst, wie dieses Thema in den Medien aufgearbeitet wird. Ich stelle mit einer gewissen Befriedigung fest, dass es vermehrt zum Thema gemacht und darüber ausgewogen berichtet wird. Das Schwergewicht liegt nun aber ganz klar beim Thema Scharia. Diese ist vollkommen inkompatibel zu unserer Bundesverfassung und dagegen setze ich mich mit einer Nulltoleranz-Politik ein. Weiter steht die Position der Frau im Zentrum: Es ist für mich unerträglich, wenn Gesichter mit einem Schleier oder mit einer Burka verhüllt werden. Ich verstehe auch nicht, wie jemand auf die Idee kommt, sich vor anderen so zu verstecken. In einer offenen, europäischen Gesellschaft geht das nicht. Deshalb müssen wir nicht über Integration sprechen, wenn wir unsere Verfassung und unsere Gesetze nicht durchsetzen. Das müssen wir aber, das sind wir der Gesellschaft schuldig. Und ich denke, wir sind es auch den Menschen islamischen Glaubens schuldig.

Robert Nef

Als Liberaler bin ich naturgemäss gegen staatlichen Zwang, vor allem wenn es um religiöse Bekenntnisfragen geht. Zwang ist das Gegenteil von Freiheit. Doch die Freiheit wird auch durch Angst bedroht. Wenn Menschen in existentieller Angst vor ihren religiösen Verfolgern leben, sind sie nicht mehr frei. Dann können Verbote zum Schutz der Religionsfreiheit der Bedrohten notwendig werden. Unser Augenmerk muss darum auf dem rechtsstaatlichen Kampf gegen diese Angstmacher liegen.

Säida Keller-Messahli

Dem kann ich nur beipflichten! Angst gehört zum Kapital des politischen Islam und ihre Vertreter wissen diese zu bewirtschaften. Die Bilder aus Syrien, welche Extremisten verbreiten, kann ich nur so erklären, dass sie uns Angst machen wollen. Sie wollen uns traumatisieren, damit wir nicht wagen, etwas dagegen zu sagen oder zu

unternehmen. Mit diesen Mitteln arbeiten auch die Salafisten in Europa. Ich erinnere mich an ein Video einer „Lies“-Kampagne in Zürich, wo verhüllte Frauen aus dem Umfeld von Blanchos IZRS gezielt junge Frau ansprechen. In einem perfiden Spiel sagen sie ihnen, dass sie doch ein Kopftuch anprobieren sollen. Sie machen den jungen Frauen dann Komplimente, verunsichern sie dadurch und erwähnen dann, die müssten nur noch Gebete machen, damit ihnen der Weg zu einem besseren Leben offen steht. Salafisten verbreiten Ängste, können diese aber sehr gut in schöne Worte verpacken. Zurück bleiben die verunsicherten, jungen Frauen. Ängste werden gezielt produziert, um uns zu betäuben. Wir dürfen aber nicht in dieser Angst verharren, in dem wir keinen Widerstand mehr leisten.

Robert Nef

Ich möchte das Stichwort Angst aufnehmen und die Frage stellen, was wir dagegen tun können.

Hermann Suter

Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Wir kennen alle dieses Sprichwort. Frau Keller erwähnt die „Lies“-Aktionen, die auch in Luzern stattfanden. Ich kenne die zuständige Person, welche für die Bewilligung von politischen Aktionen zuständig ist. Sie hat sich in Bundesbern rückversichert, ob diese Gruppierung eine solche Aktion überhaupt durchführen darf oder ob es verboten werden soll. Der Bund gab grünes Licht – gemäss gesetzlichen Vorschriften sei dies erlaubt. Aufgrund dessen hat die Stadt Luzern die „Lies“-Aktion bewilligt. Für mich handelt es hier um eine falsch verstandene Toleranz. So werden Ängste geschaffen. Bilden wir uns also nicht ein, dass mit Verboten und „scharfen Reaktionen“ alle Probleme gelöst werden können. Aber es gibt einen Moment, wo der Rubikon überschritten ist. Und da muss der Staat all seine Gewalt dafür einsetzen, dass Missstände behoben werden. Auch wenn der Vergleich ein wenig hinkt: Bei den Hooligans im Fussballstadion konnten auch Massnahmen ergriffen werden, um die Probleme einzudämmen. Mit den Islamisten ist es dasselbe. Wenn sie ihre Glaubensbrüder dermassen einschüchtern, müssen sie eingesperrt und ihre Tätigkeiten verboten werden. Ich habe grosse Mühe mit unserer Kuscheljustiz, die zu wenig gegen Täter vorgeht. Die bereits vorhandenen Ängste werden so noch verstärkt.

Alexander Wili

Ich beziehe mich auf Pirmins Statement und möchte bezüglich Ausbildung von muslimischen Theologen eine andere Meinung darlegen. Für mich sind Imame mit Schweizer Ausbildung demokratischer als solche, die aus der Türkei in unser Land eingeflogen werden. Diesen Punkt muss ich an dieser Stelle noch einbringen! Zum anderen: Man ruft immer nach neuen Gesetzen. Diese sind aber gar nicht nötig. Wir haben alle nötigen Regelungen. Man müsste sie nur durchsetzen: Sei es Leisten eines fremden Militärdienstes oder Unterstützen von Kriegsparteien. Eben erst wurde eine neue Notverordnung geschaffen. Da habe ich grundsätzlich nichts dagegen, aber meiner Meinung nach wäre sie gar nicht nötig gewesen. Darin steht: „Wer sich auf dem Gebiet der Schweiz an einer nach Artikel 1 verbotenen Gruppierung oder Organisation beteiligt, sie personell oder materiell unterstützt, für sie oder ihre Ziele Propaganda-Aktionen organisiert, für sie anwirbt oder ihre Aktivitäten auf andere Weise fördert, wird, sofern nicht strengere Strafbestimmungen zur Anwendung kommen, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.“ (Anm. d. Red.: Verordnung über das Verbot der Gruppierung «Islamischer Staat» und verwandter Organisationen vom 8. Oktober 2014)

Ich habe Bundesrat Ueli Maurer im Januar 2015 geschrieben, dass wir genügend Gesetze hätten, man müsste sie nur anwenden. Bislang habe ich nirgends gelesen, dass ein Rückkehrer aus Syrien bestraft worden ist. Dabei seien anscheinend schon etliche Leute zurück in die Schweiz gekommen, die man hätte bestrafen können. Offenbar werden darüber Journalisten nicht mehr orientiert. Früher wurde über jeden Fall vor der Militärjustiz Bericht erstattet und man konnte sich in der Zeitung über die Urteile informieren. Damit wussten alle, was verboten ist. Doch die Jugendlichen, welche heute angeworben werden, kennen anscheinend diese Bestimmungen gar nicht. Sie wissen nicht, dass sie sich damit ihr zukünftiges Leben verbauen, würden die Gesetze konsequent angewendet. Hier erwarte ich eine klare und strenge Handhabung.

Peter Regli

Wir sind von der Angst ausgegangen. Das ist ein wichtiger Faktor. Vor ein paar Wochen waren meine Gattin und ich in Nürnberg. Wir wollten bewusst alle Plätze und Lokalitäten besuchen, die vor 70 Jahren Geschichte schrieben. In Nürnberg wurde mir wieder bewusst, dass die Deutschen ihre Geschichte sehr gründlich auf-

gearbeitet haben und immer noch aufarbeiten. Dort sehen Sie nicht nur das Gebäude, in der die Prozesse gegen die Nazi-Grössen stattfanden, sondern auch die Plätze, wo Hitler und seine Schergen aufmarschiert sind. Was will ich damit sagen? In diesen Ausstellungen sehen Sie auch eindruckliche Filmaufnahmen und Fotos von damals. Darin sehen Sie, was herrschte: die Angst. Alle hatten in irgendeiner Form Angst und machten deshalb mit. Die Geschichte wiederholt sich: Der Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris durch die Gebrüder Kouachi und Amedy Coulibaly, also „nur“ drei Personen, hat ein Land in Angst versetzt! Die französischen Behörden haben für drei Tage 88'000 Polizisten und 10'000 Soldaten aufgeboten, um mit letzteren auch die sogenannt kritische Infrastruktur zu schützen.

Warum? Der Staat hatte Angst! In Kopenhagen gab es den Angriff eines Einzeltäters. Die Premierministerin sagte noch am selben Abend im TV: „Wir müssen den Nachrichtendienst verstärken und schauen, dass die Sicherheit verbessert wird. Das heisst, der Polizei mehr Mittel geben.“ Und warum? Weil die Leute Angst haben. Ich unterstelle der Premierministerin nun einmal, dass sie vor allem Angst hat, nicht mehr gewählt zu werden. Die Sicherheit des Landes kommt dann wohl erst als zweite Priorität, wie wir es leider auch erleben müssen. Wie können wir die Angst eliminieren? Ich bin gegen noch mehr Gesetze. Es ist gesagt worden, Gesetze sind vorhanden. Man müsste sie nur konsequent umsetzen. Wir müssen mit Argumenten, mit Anlässen wie heute die Bevölkerung wecken und aufklären.

Und Frau Keller: wir müssen schauen, dass die Mehrheit der Muslime mitmacht. Wenn eine alleinerziehende türkische Frau bei ihrem jugendliche Macho-Sohn sieht, wie dieser sich einen Bart wachsen lässt, seine Freundin nicht mehr besucht, stundenlang im Internet surft, den Qu'ran auswendig lernt – da ist es wichtig, dass die Mutter dies zuerst einmal feststellt, und zweitens weiss, wo sie sich melden und Hilfe anfordern kann. Da komme ich nun zum Staat. Sie können nicht jedes Sicherheitsproblem dem Staat abwälzen. Sie als Bürger sind primär gefordert!

Wenn wir vom Staat sprechen, dann sprechen wir auch vom Nachrichtendienst. Das ist die Stelle in Bern, welche versucht zu gewährleisten, dass Sie weniger Unheil erleben und sicher durch den Bahnhof Luzern gehen können ohne einen Selbstmord-Attentäter anzutreffen. Unsere Sicherheitsbehörden sind leider personell unterbesetzt, doch geben sie ihr Bestes. Nun überwachen sie auch das Internet mit dem sogenannten „Dschihad-Monitoring“. Dabei werden Webseiten beobachtet, auf denen Hass-Imame predigen. Diese Filme erscheinen auf YouTube in deutscher, französischer und auch italienischer Sprache.

Ein ehemaliger Rapper aus Deutschland (Abu Talha al Almani alias Cuspert) ist nun in der IS-Hierarchie unter Kalif Ibrahim aufgestiegen. Auf YouTube ruft er regelmässig dazu auf, den Islamischen Staat zu unterstützen – mit grossem Erfolg! Nun kommt der Staat ins Spiel. Er muss zuerst dafür sorgen, dass solche Fälle aufgeklärt und die Leute zur Rechenschaft gezogen werden können. Sie können keinen jungen Mann, der in der Türkei in den Ferien weilte, einfach so verhaften, weil Sie ihn der Terrorunterstützung verdächtigen. Sie müssen zuerst Beweise haben, dass er als Kämpfer tätig war. Dschihadisten werden vorgängig ausgebildet. Sie wissen, wie sie reagieren müssen, wenn sie am Flughafen angehalten und befragt werden. Vergessen wir nicht: Wir sind immer noch ein Rechtsstaat. Wir halten uns an Spielregeln und ans Recht. Dies im Bewusstsein, dass der Gegner sich an keine Regeln und keine Konventionen halten wird. Das nennt man die hybride oder asymmetrische Herausforderung. Wir leben in einer Welt, in der der Kampf der Ungerechtigkeit gegen den demokratischen Rechtsstaat herrscht. Gute Lösungen zu finden, ist schwierig.

Pirmin Müller

Es gibt sehr wenige Muslime, die hinstehen und sagen: „Das ist nicht unser Islam.“ Warum haben sie Angst? Wir haben Politiker, deren Pflicht es wäre, sich um solche Probleme zu kümmern. Weshalb nichts unternommen wird, kann ich aus eigener Erfahrung erklären: An einem Anlass habe ich einmal den Koran zitiert. Tags darauf ruft mich eine Pressevertreterin an und sagt, sie mache eine Artikel darüber, denn ich sei wegen Rassismus verklagt worden. Die Presse wusste also noch vor mir, dass eine Klage gegen mich eingereicht worden ist. Die Journalistin schrieb in ihrem Artikel, was für ein schlechter Mensch ich doch sei. Stellen Sie sich vor, was das für Folgen hat. Solche gezielten Medienkampagnen können die wirtschaftliche Existenz eines Menschen zerstören. Politiker laufen Gefahr, nicht mehr wiedergewählt zu werden. Darum schweigen die meisten. Vielfach sind es noch ältere Menschen, die Probleme beim Namen nennen. Sie sind nicht mehr in diesen finanziellen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Die jüngere Generation hat aber Angst, öffentlich denunziert und als schlechte Menschen blossgestellt zu werden. Hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht aus Angst beginnen, einen Überwachungsstaat aufzubauen. Frau Keller-Messahli stellte fest: Diese Extremisten nutzen die Demokratie, um die Demokratie zu bekämpfen. Nun dürfen wir die Demokratie nicht abschaffen, um zu verhindern, dass sie von Extremisten missbraucht wird. Wir müssen für unsere Werte eintreten.

Ich führte viele Diskussionen mit Polizisten und mit Armeeangehörigen, die solche Extremisten beobachten. Sie beklagen, wie eng ihr Handlungsspielraum ist, um wirklich wirksam gegen sie vorgehen zu können. Viel mehr als beobachten und dokumentieren können sie nicht. Und da ist es nicht verwunderlich, wenn der Staat gegenüber Extremisten nicht Herr wird. Die Gesellschaft wird verunsichert, weil jeder denkt, man stehe allein da. Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir bestehende Strukturen und Gesetze nutzen und denjenigen, die für unsere Sicherheit zuständig sind, den nötigen Handlungsspielraum zur Verfügung stellen. Extremisten müssen spüren, dass sie nicht machen können, was sie wollen. Sie müssen sanktioniert werden, wenn sie ein Vergehen gemacht haben.

Schlusswort

Saïda Keller-Messahli

Der Begriff Angst verbindet vieles, meiner Meinung auch mit den Tausenden von Flüchtlingen, die momentan über das Mittelmeer nach Europa gelangen. Ich frage mich, ob dieses relativ junge Phänomen nicht inszeniert ist. Wenn ja, von wem und mit welcher Absicht? Sollte es eine Inszenierung sein, dann handelt es sich um ein sehr zynisches Spiel. Denn es wird in Kauf genommen, dass unzählige Menschen im Meer ertrinken. Dieses Problem geht ganz Europa an und kann nicht nur Italien überlassen werden. Diese undurchschaubaren Zusammenhänge machen Angst oder zumindest grosse Sorgen.

Es braucht Politiker, die wagen, diese Themen anzusprechen und Probleme anzupacken. Politiker haben nicht Angst vor Ihrer Abwahl. Ich befürchte viel mehr, dass sie Angst davor haben, als Rassisten abgestempelt zu werden. Die Linken schauen genau, dass Rassismus bekämpft wird. Doch gerade sie haben in den vergangenen Jahrzehnten in der Integrationspolitik total versagt. Alle Probleme wurden negiert und unter den Teppich gekehrt. Das Harmoniegefühl war wichtiger.

Wer mich kennt, weiss, dass ich seit über 10 Jahren diesen Missstand beklage. Doch viele Politiker fürchten sich davor, als islamophob zu gelten. Doch wer verwendete dieses Wort in den letzten Jahren am meisten? Die Salafisten! Selbst die kleinste Kritik ist für sie islamophob. Damit richten sich die Salafisten auch gegen kritische Muslime, welche einen politischen Islam ablehnen. Jede Kritik soll mit dem Wort islamophob abgewürgt werden.

Zu den Imamen möchte ich folgendes festhalten: Wenn ich die Wahl zwischen einem türkischen oder einem schweizerischen Imam hätte, würde ich mich für letzteren entscheiden. Denn dieser kennt die Sprache und die Kultur des Landes. Ein Türke oder Saudi ist nur kurzzeitig da und geht wieder. Ein solcher ist nicht auf uns respektive auf unsere Wertevorstellungen angewiesen. Sein Auftraggeber, der ihn finanziert, wohnt weit weg von hier und nichts verbindet ihn mit der Schweiz. Deshalb finde ich es besser, wenn das Theologiestudium hier möglich wäre. Ein solches Studium wäre auch die Gelegenheit, einen Islam zu lehren, der zur Schweiz passt. In Deutschland gibt es dies bereits, unter anderem in Münster und in Frankfurt. Dort gibt es Theologen, welche in unserem Sinne einen fortschrittlichen Islam lehren. Sie kommen aus dem Umfeld des neu gegründeten, noch kleinen ‚Liberal-Islamischen-Bund‘.

Herr Wili stellte vorhin fest, dass besonders Eingebürgerte Religion und Politik voneinander trennen. Leider, Herr Wili, ist es nicht immer so. Ich kenne auch geborene Schweizer und eingebürgerte Leute, bei denen es anders ist und die von einem Scharia-Staat träumen. Soziologen machen die Beobachtung, dass Personen der zweiten oder dritten Generation viel konservativer eingestellt sind als noch die Einwanderer-Generation. Es gibt also auch eine Rückwärts-Bewegung.

Im Islam fehlt eine wirklich kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Man hat sich bislang nie wirklich kritisch mit der eigenen Geschichte befasst. Viele Autoren, auch muslimische, sagen, dass die Krankheit der islamischen Gesellschaft in ihrer Geschichte zu finden ist.



Referentin Saïda Keller-Messahli und Diskussionsleiter Robert Nef, Vereinspräsident und Stiftungsrat



Dr. iur. Alexander Wili überzeugt mit bald 85 Jahren dank starker Argumente und Lebenserfahrung



Hermann Suter und Alexander Wili schalten sich engagiert in die Diskussionsrunde ein



Pirmin Müller, Vorstandsmitglied Gesellschaft und Kirche wohin?, unter kritischer Beobachtung von Peter Regli



Dr. phil. Hermann Suter, Präsident der Stiftung Wahrheit in den Medien, mit erhobenem Zeigefinger



Die aufmerksame und kritische Teilnehmerschaft schaltet sich aktiv in die Diskussionsrunde ein



Referentin Saïda Keller-Messahli erhält von Peter Regli Anerkennung und Lob für ihren Einsatz



Peter Regli zeigt den erwähnten Lagebericht „Sicherheit Schweiz“ des NDB (Nachrichtendienst des Bundes)



Weitere kritische Voten - hier von J.-C. Jaccard - zeigen Sorge und Engagement der Schweizer Bevölkerung



Alle Teilnehmer der Diskussionsrunde erhalten ein Geschenk; Saïda Keller-Messahli allerdings ein Besonderes



A

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse



Stiftung **Freiheit**
& Verantwortung

Geschäftsstelle

Hintere Bahnhofstrasse 8
8853 Lachen

Unterstützen Sie unsere Organisationen mit Ihrem Mitmachen oder Ihrer Spende!

Meine / unsere Unterstützung für die STIFTUNG FREIHEIT & VERANTWORTUNG

- ☐ als Gönner (Beitrag ab 50 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für den VEREIN GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHN?

- ☐ mit der Gold-Mitgliedschaft (Beitrag 500 Fr.)
- ☐ mit der Silber-Mitgliedschaft (Beitrag 250 Fr.)
- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als juristische Person / Firma (Beitrag 200 Fr.)
- ☐ als Gönner / Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für PIKOM

- ☐ als Mitglied (Beitrag 65 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Meine / unsere Unterstützung für PRO LIBERTATE

- ☐ als Mitglied (Beitrag 40 Fr. Ehepaar 60 Fr.)
- ☐ als Gönner (Beitrag 100 Fr.)
- ☐ als Sympathisant (Beitrag nach Ermessen)

Broschüren / Bücher zum Bestellen: Bitte senden Sie mir ...

(Alle Preise verstehen sich exkl. Porto und Versandkosten)

- Expl. **General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art.** Von Markus Somm. Preis 45 Fr.
- Expl. **Marignano 1515 - 2015.** Preis 75 Fr.
- Expl. **Die Schweiz im 21. Jahrhundert.** Von Franz Muheim. Spezialpreis Stiftung F&V: 10 Fr. (statt 32.90 Fr.)
- Expl. **August R. Lindt. Patriot und Welbürger.** Von David Vogelsanger et al. Spezialpreis Stiftung F&V: 5 Fr.
- Expl. **Freier Fels in brauner Brandung.** Spezialpreis Pro Libertate 29 Fr. (statt 39 Fr.)
- Expl. **Die Gotteskrieger - die unterschätzte Bedrohung.** Preis 8 Fr. (aktuell zum Thema dieser Broschüre)
- Expl. **Welcher Islam passt zur Schweiz?** Referat Saïda Keller-Messahli. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Erfrischend anders. Mein Leben - Fragen und Ansichten.** Von Yvette Estermann. Preis 26.90 Fr.
- Expl. **Ernst R. Borer.** Von Sara Arnold-Korf. Spezialpreis Stiftung F&V: 25 Fr. (statt 35 Fr.)
- Expl. **Die Idee der Freiheit.** Von Gerhard Schwarz et al. Preis 44 Fr.
- Expl. **Robert Nef. Kämpfer für die Freiheit.** Von Peter Ruch et al. Preis 40 Fr.
- Expl. **Sonderfalle Schweiz.** Von Prof. Dr. Allan Guggenbühl. Broschüre F&V. Preis 5 Fr.
- Expl. **Sinn oder Unsinn der Energiewende.** Referate von Dr. Irene Aegerter, Prof. Dr. Silvio Borner, Prof. Dr. Heinz Gutscher und Dr. Eduard Kiener an der F&V Fachtagung / Auszeichnung 2014. Preis 8 Fr.
- Expl. **Was heisst denn heute liberal. Liberale Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.** Von Fulvio Pelli, Béatrice Acklin, Yann Grandjean. Preis 28 Fr. (Buch erscheint im August 2015)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

Telefon / E-Mail (fak.):

Datum:

Unterschrift: